

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Aufruf am 60. Tag des Hungerstreiks der 93 gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Partei für Frieden und Demokratie BDP an die Öffentlichkeit (Stand: 10.11.2012)

Ihre Forderungen sind auch unsere Forderungen

Als gewählte Mitglieder der Partei für Frieden und Demokratie möchten wir hiermit kundtun, dass unsere Gesellschaft an einem Scheideweg steht. Dieses ist eine Folge der Tatsache, dass das Gewissen der Öffentlichkeit nicht auf die dringenden Hilferufe der kurdischen politischen Gefangenen reagiert. Diese Hungerstreikenden, die an einem kritischen Punkt angelangt sind, können nicht separat von den Forderungen des kurdischen Volkes nach Freiheit und einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage bewertet werden.

Seit 2009 sind im Rahmen der so genannten KCK-Operationen – die einen Angriff auf die Partei für Frieden und Demokratie darstellen – mehr als 9 000 PolitikerInnen, NGO-MitarbeiterInnen, AktivistInnen, JuristInnen, JournalistInnen, gewählte BürgermeisterInnen, Stadträte, ParlamentarierInnen und Studierende, kurz gesagt, Männer, Frauen, Kinder, ältere Menschen und Menschen aus allen Lebensbereichen verhaftet worden. Diese Verhaftungen bezwecken die Entrechtung der Kurdinnen und Kurden in der legalen Politik und haben großes Leid für unser Volk verursacht.

Durch die Verhaftung gewählter Mitglieder der kurdischen Opposition und der eskalierenden militärischen Opposition hat sich die Regierung wieder einmal für die seit 90 Jahren andauernde staatliche Politik der Überwachung und Zerstörung entschieden.

Diese richtet sich vollkommen gegen die Erwartungen der kurdischen Bevölkerung auf eine faire Lösung der kurdischen Frage, basierend auf den Prinzipien der Gerechtigkeit und Freiheit. Die türkische Regierung hat außerdem ihre Strategie durch die Totalisolation seit nun mehr als 16 Monaten von Abdullah Öcalan intensiviert.

Die Politik der türkischen Regierung, die durch Ausgrenzung, Isolation und Konflikte geprägt

ist, hat im letzten Jahr das Leben von Tausenden Menschen gefordert. Tausende zu Unrecht politisch Gefangene haben in einer solchen Atmosphäre mit drei grundlegenden Forderungen einen unbefristeten Hungerstreik begonnen.

Wir möchten der Öffentlichkeit mitteilen, dass die Forderungen der Gefangenen auch unsere Forderungen sind. Die Forderungen sind folgende: Abdullah Öcalans Isolationshaft soll aufgehoben werden, so dass Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden können. Weiter wird die Anerkennung des Rechtes auf Bildung und Verteidigung vor Gericht in der kurdischen Muttersprache gefordert. Die Isolationshaft verstößt gegen nationale und internationale Gesetze und ist eine grundlegende Rechtsverletzung. Darüber hinaus führt diese Strategie dazu, dass der bestehende Konflikt intensiviert wird; sie ist Teil einer militärischen Logik.

Die einzige Konsequenz dieser Politik sind gewalttätige Auseinandersetzungen und Tod. Es sind in erster Linie die Architekten und Vollstrecker der Isolationspolitik, die verantwortlich sind für die Beendigung der vorher stattgefundenen Verhandlungen, der Wiederaufnahme der militärischen Auseinandersetzungen und der steigenden Anzahl von Todesopfern.

Die kurdische Frage ist aus der Tatsache entstanden, dass dem kurdischen Volk als einer Nation seine sprachlichen und kulturellen Rechte verwehrt werden und seine Identität nicht anerkannt wird. Dabei sind es die natürlichen Rechte eines Volkes, Bildung und gerichtliche Verteidigung in der Muttersprache vollziehen zu können.

Kurdischen Menschen ist ihre Muttersprache und Identität genau so wichtig wie für türkische, persische, arabische, französische oder deutsche Menschen. Wir fordern nicht mehr oder weniger als auch diesen Nationen zusteht. Um es auf

den Punkt zu bringen: der einzige Grund, warum diese Menschen in den Hungerstreik getreten sind, sind die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung, die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik der türkischen Machthaber.

Der türkischen und kurdischen Bevölkerung sollte bewusst sein, dass die Gefangenen den eigenen Tod riskieren, damit wieder Verhandlungen über eine Lösung der kurdischen Frage aufgenommen und weitere Verluste eingedämmt werden.

Die Haltung der türkischen Öffentlichkeit und in erster Linie der Regierung zeigt, dass das Gewissen der Menschen in unserer Gesellschaft an einem Scheideweg angekommen ist. Der Öffentlichkeit sollte weiterhin bewusst sein, dass die jetzige Position der Regierung und der weitere Verlauf des Hungerstreiks für unsere Zukunft entscheidend ist.

Hier ist unser Aufruf an den Premierminister, an die Regierung und die türkische Bevölkerung: jegliche Provokationen, abfällige und verächtliche Äußerungen, sind eine Einladung an den Tod. Wir haben keine Sekunde zu verlieren, um unsere Freiheit zu erlangen und eine Tür zu öffnen, damit auf dem Verhandlungswege gewaltfrei eine Lösung gefunden werden kann.

Wir sind besorgt, dass der mögliche Tod einer der Hungerstreikenden den Beginn eines unreparierbaren Bruches markiert und zu einem vertieften Konflikt führen wird. Deshalb muß die Isolationshaft von Abdullah Öcalan aufgehoben werden und unverzüglich Verhandlungen beginnen. Als von der Bevölkerung gewählte BürgermeisterInnen und LandrätInnen sind wir jederzeit bereit, unseren Anteil dazu beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen

93 gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der BDP

Meldungen

Feleknas Uca bei Einreise in die Türkei in Istanbul festgenommen

Die ehemalige Europaabgeordnete für die Partei Die Linke, Feleknas Uca, wurde gestern Abend auf dem Atatürk-Flughafen in Istanbul festgenommen. Ihr wird vorgeworfen, gegen Einfuhrbeschränkungen für Medikamente verstoßen zu haben.

Laut ihrem Rechtsanwalt Ramazan Demir soll sie auf Antrag der Staatsanwaltschaft für zwei Tage festgehalten werden, um weitere Vorwürfe wie Mitgliedschaft in der PKK und der KCK zu prüfen.

Frau Uca soll bei ihrer Einreise 248 Dosen Vitamin B1 Tabletten mit sich geführt haben, die dem Zoll nicht gemeldet worden seien. Diese Vitamintabletten sollen für die Hungerstreikenden in türkischen Gefängnissen bestimmt gewesen sein.

Da Frau Uca nur Kurdisch und Deutsch spricht, hatte sie einen kurdischsprachigen Dolmetscher angefordert. Da aber nach Angaben der Polizei kurdischsprachige Dolmetscher verboten seien, wollten sie ihr einen deutschsprachigen Dolmetscher besorgen und forderten sie auf, keine Schwierigkeiten zu machen. Dagegen legte sie Widerspruch ein.

(Radikal, ANF, 15.11., ISKU)

Tote bei Luftangriffen auf westkurdische Stadt Serêkanî

Bei Luftangriffen der syrischen Armee auf zwei Bezirke der westkurdischen Stadt Serêkanî wurden mindestens acht Menschen getötet und 51 weitere wurden verletzt.

Gegen 10 Uhr Ortszeit griff die Luftwaffe die westkurdische Stadt an, in der sich die Kräfte der Freien Syrischen Armee verschanzt haben. Diese waren am 9. November über die türkische Grenze mit hunderten Kämpfern in die Stadt eingedrungen. Bei den Opfern des Luftangriffs handelt es sich nach Angaben der Nachrichtenagentur Fırat (ANF) allerdings ausschließlich um kurdische ZivilistInnen. Unter den Getöteten befinden sich auch zwei Kinder.

Dutzende Häuser von ZivilistInnen wurden durch die Angriffe zerstört oder teilweise beschädigt. Aufgrund der Angriffe sind tausende BewohnerInnen von Serêkanî über die Grenze zur Türkei nach Riha (Urfa) geflohen.

(ANF, 12.11., ISKU)

Hungerstreik weitet sich aus:

BDP-Abgeordnete treten in Hungerstreik

Am 60. Tag schlossen sich sieben Abgeordnete der BDP, der Bürgermeister von Diyarbakır Osman Baydemir und 14 ständige Ratsmitglieder des Demokratischen Gesellschaftskongress (DTK) dem Hungerstreik der kurdischen politischen Gefangenen an.

Bereits am Donnerstag waren die DTK-Ratsmitglieder und BDP-Abgeordneten Emine Ayna und Özdal Üçer in unbefristeten Hungerstreik getreten. In einer Presseerklärung teilte die BDP-Co-Vorsitzende Gültan Kisanak mit: „Wir treten in unbefristeten Hungerstreik. Die Forderungen der Gefangenen sind unsere Forderungen. Wir beginnen heute mit unserer Aktion, um der Stimme der Gefangenen Gehör zu verschaffen. Erst wenn eine Lösung gefunden ist, werden unsere FreundInnen den Hungerstreik beenden, und erst dann werden wir unsere Aktion beenden. Wir sind bereit, unseren Widerstand, unseren Hungerstreik bis zum Ende fortzusetzen.“

Unter den Hungerstreikenden befindet sich die BDP-Co-Vorsitzende Gültan Kisanak, DTK-Co-Vorsitzende Aysel Tuğluk, BDP-Parlamentarier Adil Kurt, Sırrı Süreyya Önder, Sebahat

Tuncel, Özdal Üçer, Emine Ayna, der Bürgermeister von Diyarbakır, Osman Baydemir, die ständigen Ratsmitglieder des Demokratischen Gesellschaftskongress (DTK), Cafer Kan, Meral Güngör, Seydi Fırat, Asya Tekin, Naşide Buluttekin, Osman Özcelik, Fırat Alökmen, Zöhre Taş, Şilan Elmas, Mehmet Baysal, Remzi Kızılkaya, Ramazan Özbek, Fırat Tursun und Songül Morsümbül.

Leyla Zana, unabhängige Abgeordnete von Amed (Diyarbakır), hat sich ebenfalls am 13.11. dem Hungerstreik angeschlossen.

Meletî: Gemeinsamer Angriff von Faschisten und Polizei

Nach einer öffentlichen Presseerklärung in Meletî (Malatya), bei der auf die Situation der Hungerstreikenden in den Gefängnissen aufmerksam gemacht werden sollte, wurden die rund 150 Mitglieder der Parteien BDP, EMEP und ESP sowie der Gewerkschaft KESK zunächst von einem faschistischen Mob und anschließend von Polizeikräften angegriffen. Nach der Presseerklärung wollten sich die Menschen in Richtung des Parteigebäudes der BDP in Bewegung setzen. Auf dem Weg dorthin wurden sie von einem faschistischen Mob angegriffen. Anschließend kam

die Polizei hinzu und feuerte Gasbomben in die Menschenmenge und in das Parteigebäude der BDP. Durch die Angriffe wurden insgesamt drei Menschen verletzt.

Polizeiterror in Bedlis

In Bedlis (Bitlis) sollte am Sonntag zum 61. Tag des Hungerstreiks eine Demonstration zum Gefängnis der Stadt stattfinden. Allerdings wurde die Demonstration zunächst durch einen brutalen Angriff der Polizei gestoppt. Die Polizeikräfte schlugen mit Schlagstöcken auf die rund 500 DemonstrantInnen ein und setzten Gasgranaten gegen die Menschenmenge ein. Zahlreiche DemonstrantInnen wurden durch den Polizeiangriff verletzt. Unter den Verletzten befinden sich auch der BDP-Abgeordnete aus Bedlis, Hüsamettin Zenderlioglu, und der Vorsitzende der Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD aus Bedlis, Hasan Ceylan. Zudem wurden fünf DemonstrantInnen durch die Polizei festgenommen. Doch trotz der Angriffe auf die Demonstration gelang es einem Teil der DemonstrantInnen, vor das Gefängnis zu gelangen. Die Situation in der Stadt ist weiterhin angespannt.

(DIHA, ANF, 11./14.11., ISKU)

Noch eine Betrugsmasche der AKP

Es ist bekannt, dass eine der Hauptforderungen der über zehntausend hungerstreikenden Gefangenen das Recht auf Verteidigung vor Gericht in der Muttersprache ist. Die AKP-Regierung hat durch eine Erklärung an die Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht, dass durch eine neue gesetzliche Regelung diese Forderung schon erfüllt sei.

Die Ideologie, die die Nutzung des Grundrechtes der Kurden auf ihre Muttersprache als Menschenrecht in allen gesellschaftlichen Bereichen, allem voran in der Bildung, bis heute verhindert hat, zeigt sich auch in der Gesetzesvorlage wieder.

Die am 12. November 2012 ins Parlament eingebrachte Gesetzesvorlage, die einen Paragraphen über die besagte Regelung enthält, gewährt nur in sehr begrenzten Fällen ein Recht auf Verteidigung in der Muttersprache und weiterhin ist dieses Recht dem Gutdünken des Richters überlassen.

Unsere Rechtsauffassung in Bezug auf die Gesetzesvorlage können wir folgendermaßen zum Ausdruck bringen:

1. Die Nutzung der Muttersprache während der Anklagevorbereitung, Untersuchungsphase, Staatsanwaltschaft und Ermittlungsphase wird völlig außen gelassen und von der Regelung

nicht erfasst. Das Recht auf Verteidigung in der Muttersprache wird lediglich bei dem Vortrag der Anklageschrift und bei der ersten Einlassung zur Sache/Stellungnahme gewährt. Dass die Nutzung der Muttersprache im Ermittlungsverfahren, bei der Identitätsfeststellung, der Beweiserhebung, dem Kreuzverhör nicht erlaubt ist, sind Faktoren die diese Gesetzesvorlage bedeutungslos machen.

2. Durch die Gesetzesvorlage wird den Angeklagten das Recht genommen, sich im schriftlichen Verfahren gegen die Anklage zu wehren, sie können sich nur noch mündlich verteidigen.

3. Für die Nutzung dieses beschränkten Rechtes, müssen die Betroffenen auch noch die Dolmetscherkosten selbst übernehmen. Wenn die wirtschaftliche Lage des Angeklagten die Übernahme der Dolmetscherkosten nicht erlaubt, kann er dieses Recht auch nicht in Anspruch nehmen. Wir sind konfrontiert mit einer Rechtsausübungsmöglichkeit, die an die wirtschaftliche Lage gekoppelt ist.

4. Auch wenn diese ganzen Voraussetzungen erfüllt werden, hängt die letztendliche Erlaubnis zur Nutzung dieses Rechts vom Ermessen des jeweiligen Richters ab. Mit einer sehr abstrakten Begründung wie „Verschleppung des Verfahrens“

kann der Richter die Verteidigung in der Muttersprache des Angeklagten verbieten. Der Richter kann diese Entscheidung ohne irgendeine Erklärung allein nach seinem persönlichen Ermessen treffen und die gesetzliche Regelung völlig außer Acht lassen.

Hunderte von Gefangenen, denen im Rahmen der KCK-Verfahren seit dem 14. April 2009 der Prozess gemacht wird, sitzen ein, ohne sich verteidigt zu haben, weil die Richter von diesem „Ermessen“ gebraucht gemacht haben. Die Richter vermeiden sogar zu erwähnen, dass die Angeklagten kurdisch sprechen, also sogar der Name der gesprochenen Sprache wird ausgeblendet. In die Sitzungsprotokolle wird „eine unbekannt Sprache“ eingetragen. Man kann es sich schon ausmalen, wie eine Justiz mit solch einer Ideologie ihr Ermessen gebrauchen wird. Als Resümee kann festgestellt werden, dass diese Gesetzesvorlage, die wohl gemerkt noch keine Rechtskraft entfaltet, lediglich die Öffentlichkeit irreführen und blenden möchte. Eine andere Bedeutung kann hieraus nicht gefolgert werden.

Mahmut Şakar, 14.11.2012
MAFDAD – Stellvertretender Vorsitzender

Westkurdistan: YPG-Kommandantin Nujin Dêrik wurde freigelassen

Die Kommandantin der westkurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) Nujin Dêrik ist freigelassen worden. Dêrik war am 26. Oktober von einer Gruppe entführt worden, die sich als Teil der Freien Syrischen Armee begreift.

Am Tag ihrer Entführung hatte diese Gruppe den kurdischen Stadtteil Eşrefiye in Aleppo versucht zu stürmen. Nachdem sie auf den Widerstand der Bevölkerung gestoßen war, schossen sie wahllos auf ZivilistInnen und töteten dabei insgesamt 13 Menschen. Als Reaktion auf diesen Angriff setzten die Kräfte der YPG zum Vergeltungsschlag an; dabei kamen 19 Menschen der Angreifergruppe ums Leben. Unter dem Vorwand, dass die bewaffnete Gruppe später über Mittelsmänner die Leichname ihrer getöteten Mitglieder entgegennehmen wolle, stellten diese den YPG-Einheiten erneut einen Hinterhalt, und es kam erneut zu Gefechten. Während dieser Gefechte fiel Nujin Dêrik verletzt in die Hände der bewaffneten Gruppe. Sechs Tage nach dem Zwischenfall erklärte der militärische Rat der Freien Syrischen Armee, dass Dêrik getötet worden sei.

Nach der Todesmeldung von Dêrik kam es in vielen westkurdischen Städten zu Demonstrationen, mitunter mit Beteiligung von Zehntausenden. Einen Tag nach den Protesten erklärte der Militärrat der Freien Syrischen Armee, dass Dêrik doch noch am Leben sei und dass man sie frei lassen werde. Dies geschah am Abend des 10. Novembers, sieben Tage nach dem eigentlich abgesprochenen Termin. Dêrik wurde an die YPG übergeben.

(ANF, 11.11., ISKU)

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur
DIHA Dicle Nachrichtenagentur

Sonderseite der ISKU zum Hungerstreik

Zu finden unter:
www.isku.org im rechten oberen Bereich.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org